

A n t w o r t

der Landesregierung

auf die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Kemmerich (FDP)
- Drucksache 7/9178 -
gemäß § 91 Abs. 2 Satz 2 GO

Digitalcheck für die Gesetzgebung und Prozessmanagement in Verwaltungsabläufen im Freistaat Thüringen

Das **Thüringer Finanzministerium** hat die in der 124. Plenarsitzung am 8. Dezember 2023 zur Beantwortung verbliebene Mündliche Anfrage namens der Landesregierung gemäß § 91 Abs. 2 Satz 2 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags mit Schreiben vom 13. Dezember 2023 wie folgt beantwortet:

1. Welche Vorschläge für einen sogenannten Digitalcheck wurden seitens der Landesregierung bisher geprüft?

Antwort:

Das Finanzministerium beabsichtigt, in Anlehnung an den Digitalcheck des Bundesministeriums des Innern und für Heimat ein vergleichbares Instrument für die Landesregierung zu entwickeln und zu verankern. Dazu sollen praxistaugliche Möglichkeiten einer methodischen Prozessbegleitung für die Gesetzgebung erarbeitet werden.

Aus Sicht des Finanzministeriums kommt für die Umsetzung des Digitalchecks die Aufnahme in den Katalog der Prüffragen für die Thüringer Rechts- und Verwaltungsvorschriften in Betracht. Denkbar wäre auch eine Regelung in der Gemeinsame Geschäftsordnung für die Landesregierung sowie für die Ministerien und die Staatskanzlei des Freistaats Thüringen.

2. Ab wann genau plant die Landesregierung auf welcher Grundlage eine Digitalisierungsprüfung für neue Gesetze durchzuführen?

Antwort:

Hinsichtlich der rechtlichen Grundlage zur Durchführung des Digitalchecks ist, wie unter der Antwort zur Frage 1 ausgeführt, ist die Willensbildung der Landesregierung noch nicht abgeschlossen. Für die Ausgestaltung des Verfahrens und die Wahl des Standorts für die Implementierung des Digitalchecks existiert noch kein "Best Practice"-Modell in den Ländern. Auch der Bund hat am 30. August 2023 zunächst lediglich die Eckpunkte zum Digitalcheck beschlossen.

Aus diesem Grund steht die Landesregierung in dieser Angelegenheit in enger Abstimmung mit dem Thüringer Normenkontrollrat und befasst sich auch in der interministeriellen Arbeitsgruppe Modernes Thüringen mit dieser Frage.

Ein konkretes Datum für die Einführung einer Digitalisierungsprüfung für neue Gesetze kann derzeit nicht genannt werden.

3. Wie begründet die Landesregierung, dass ein sogenannter Digitalcheck bisher noch nicht eingeführt wurde und bei der Einführung einer Digitalisierungsprüfung der Freistaat sich nicht unter den ersten Ländern befindet?

Antwort:

Es existiert noch kein "Best Practice"-Modell. Die Entwicklung auf Bundesebene unterstreicht diesen Befund. So hat das Bundesministerium des Innern und für Heimat zum 1. Januar 2023 zunächst eine Beta-Version bereitgestellt. Seitdem wird der Digitalcheck schrittweise weiterentwickelt und inhaltlich, methodisch sowie strukturell erweitert und angepasst. Im Sommer wurden dann zunächst die Eckpunkte zum Digitalcheck beschlossen.

Diese Entwicklung zeigt, dass eine übereilte Umsetzung nicht zielführend gewesen wäre, wenn auf die Erfahrungen des Bundes zurückgegriffen werden soll, um eine praxistaugliche Lösung zu erarbeiten, die einen ausreichenden Reifegrad hat.

4. Wie genau sieht die aktuelle Planung seitens der Landesregierung aus, um sämtliche Verwaltungsabläufe der Behörden des Landes bis spätestens zum 1. Januar 2030 standardisiert und elektronisch abgebildet zu haben?

Antwort:

Die Regelung, dass sämtliche Verwaltungsabläufe der Behörden des Landes bis spätestens zum 1. Januar 2030 standardisiert und elektronisch abgebildet werden sollen, ist in § 19 Abs. 1 Thüringer E-Government-Gesetz normiert.

Die aktuelle Planung unterscheidet zwischen zwei Umsetzungssträngen. Der eine Umsetzungsstrang betrifft Verwaltungsabläufe im Außenverhältnis. Darunter ist bspw. die antragsbezogene Kommunikation mit Bürgern und Unternehmen zu zählen. Der andere Umsetzungsstrang betrifft Verwaltungsabläufe im Innenverhältnis. Um Verwaltungsabläufe im Außenverhältnis zu standardisieren, nutzt die Landesverwaltung den Prozessstandard des Föderalen Informationsmanagements (FIM). Das Finanzministerium koordiniert die von den fachlich zuständigen Stellen zu erarbeitenden FIM-Bausteine und stimmt diese mit der zentralen Redaktion des Bundes und der Länder ab. In der Landesverwaltung sind bereits mehrere FIM-Methodenexperten geschult worden. Die elektronische Abbildung dieser optimierten Verwaltungsabläufe im Außenverhältnis erfolgt im Rahmen der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes. Der zweite Umsetzungsstrang betrifft Verwaltungsabläufe im Binnenverhältnis. Darunter sind vor allem die internen Arbeitsprozesse innerhalb und zwischen Behörden der Landesverwaltung zu verstehen. Hierzu sollen eine Prozessplattform sowie ein Redaktionssystem beschafft werden, um interne Arbeitsprozesse zu erheben, zu standardisieren und zu dokumentieren.

Taubert
Ministerin